

Journal für Entwicklungspolitik IX/2, 1993, S. 203 — 214

Ingrid Mährdel

DIE ARBEITSMIGRATION DER PALÄSTINENSER AUS DEN OKKUPIERTEN GEBIETEN NACH ISRAEL

Abstract

The article is on the Palestinian labour migration from the West Bank into Israel. The first part gives an overview of the economic and socio-political conditions of the Palestinians in the West Bank under Jordanian rule and its rapid change through the Israeli occupation. The second part concentrates on details of labour migration such as causes, organization, scale of it, and social origin, education, age, forms of employment, payment, health, safety, living conditions, unions of the migrant workers, the importance of Palestinian workforce in the Israeli economy, and the effects of the labour migration on the Palestinian society.

Einleitung

Wer sind die Palästinenser oder genauer gefragt, wer ist ein Palästinenser? Die Palästinensische Nationalcharta von 1968 definiert in Artikel 5 als Palästinenser alle Araber, die vor 1947 in Palästina ansässig waren, sowie deren Nachfahren, unabhängig von ihrem Wohnsitz.

Legt man diese Definition der Bestimmung der Palästinenser zugrunde, so leben heute schätzungsweise sechs Mio. Aufgrund der historischen Entwicklung seit dem Ersten Weltkrieg siedelt die palästinensische Bevölkerung nicht mehr auf einem einheitlichen Territorium, sondern ist nahezu über die ganze Welt verstreut. Im eigentlichen Stammland, dem heutigen Israel, dem Westufer des Jordans und dem Gazastreifen, verblieben nur etwas mehr als 40%. In einigen Staaten des Nahen Ostens stellen die Palästinenser einen beachtlichen Anteil an deren Gesamtbevölkerung. So beträgt ihr Anteil in Jordanien 65%, im Libanon und in Kuwait vor dem Golfkrieg 10%, in Syrien 5% und in Israel knapp 16%.

Gegenstand unserer Betrachtung sind die auf dem Westufer des Jordans lebenden Palästinenser. Sie hatten mit den heute im Gazastreifen und in Israel lebenden Palästinensern bis zum Jahre 1948 eine gemeinsame Geschichte. Die Westbank, der Gazastreifen und das Territorium des heutigen Israels bildeten das Mandatsgebiet Palästina, das sich von 1922 bis 1948 unter britischer Herrschaft befand.

Nach dem israelisch-arabischen Krieg 1948/49 wurde ein Teil des palästinensischen Territoriums dem israelischen Staat und das Westufer des Jordans dem jordanischen Königreich einverleibt (Annektionsbeschluß des jordanischen Parlaments vom 24. 4. 1950), der Gazastreifen kam unter ägyptische Verwaltung. Damit setzte eine getrennte politische und wirtschaftliche Entwicklung der Palästinenser ein.

1.

Die Westbank unter jordanischer Herrschaft

Infolge des israelisch-arabischen Krieges von 1948/49 und der Annexion der Westbank im Jahre 1950 hatte sich vor allem die demographische Situation im jordanischen Königreich jäh verändert. Zu der 450.000köpfigen, meist noch aus Nomaden oder Halbnomaden bestehenden transjordanischen Bevölkerung, waren rund 900.000 Palästinenser hinzugekommen, die den Transjordanern wirtschaftlich, kulturell und bildungsmäßig überlegen waren und die hinfort die Bevölkerungsmehrheit im Königreich stellten.

Die Jordanien regierende Haschemitendynastie sah in der Annexion eine Vermehrung ihrer politischen und militärischen Macht und versuchte die von der Annexion keineswegs begeisterten Palästinenser in das Königreich zu integrieren. Sie verlieh den Palästinensern die jordanische Staatsbürgerschaft und beteiligte sie paritätisch an Kabinettsposten und Parlamentssitzen etc. Trotzdem blieb eine ungebrochene Opposition gegen das Haschemitische Königshaus in der palästinensischen Bevölkerung lebendig. Sie hatte verschiedene Gründe:

1. Mit der Verleihung der Staatsbürgerschaft zielte das jordanische Regime darauf ab, die palästinensische Identität auszulöschen.
2. Die paritätische Vertretung erwies sich als formal. Das jordanische Herrschaftssystem gewährleistete keinen tatsächlichen Einfluß der Palästinenser auf die Geschicke des Landes, sondern sicherte den dem König Hussein treu ergebenen Beduinenstämmen die Macht. Und
3. war es die wirtschaftliche Benachteiligung der Westbank durch die Regierung in Amman, die das Mißtrauen der Palästinenser wachhielt.

Die Wirtschaftspolitik des jordanischen Regimes gegenüber den Palästinensern

Die jordanische Regierung konzentrierte ihre Anstrengungen in einer für die Westbank diskriminierenden Weise auf die wirtschaftliche Entwicklung Ostjordanien. Fast alle industriellen Projekte und ausländischen Direktinvestitionen wurden auf dem Gebiet des Ostufers, also dem ehemaligen Transjordanien, angesiedelt. Es wurden aber nicht nur Neuinvestitionen nach Ostjordanien dirigiert, sondern auch auf dem Westufer bestehende Unternehmen animiert, ihren Sitz von West- nach Ostjordanien zu verlegen. Die jordanische Wirtschaftspolitik wies diesem Gebiet ganz offensichtlich (auch so festgelegt im Wirtschaftsplan für die Jahre 1964 — 1970) die Funktion zu, der Gesamtbevölkerung Jordaniens die notwendigen Grundnahrungsmittel zu liefern. Diese Politik und der Umstand, daß Jordanien insgesamt bis zum Juni 1967 ein rückständiges, zur Erhaltung seiner Existenz auf ausländische Hilfe angewiesenes Land war, bedingten, daß die zur Zeit der Annexion auf der Westbank bestehenden sozioökonomischen Verhältnisse weitestgehend konserviert wurden.

Die Wirtschaft der Westbank

Die Landwirtschaft

Auf der Westbank, die nach unterschiedlichen Angaben eine Fläche von 5.575 km² bis rund 5.900 km² umfaßt, wovon 1966 2.070 km² landwirtschaftlich nutzbar waren, blieb die Landwirtschaft der wichtigste Wirtschaftszweig. Obgleich der Anteil des Territoriums der Westbank an dem des gesamten jordanischen Königreiches nur 6% betrug, entfielen rund 30% der gesamten Agrarfläche sowie 42,4% des bewässerten Agrarlandes und 85,2% der Wein- und Obstanbaufläche, einschließlich der Olivenhaine, auf das Gebiet westlich des Jordans. Ungeachtet der Tatsache, daß die Landwirtschaft noch weitgehend auf traditionellem Niveau betrieben wurde, also der Mechanisierungsgrad gering war, künstliche Düngemittel, gezüchtetes Saatgut, Herbizide, Insektizide u.ä. so gut wie nicht bekannt waren, und künstliche Bewässerung kaum angewandt werden konnte, erbrachte sie rund 37% der landwirtschaftlichen Produktion des gesamten Königreiches, bei Gemüse sogar 65%, bei Oliven 80% und bei Obst 90%.

Die Industrie

Die Ansätze einer industriellen Entwicklung, die sich während der Mandatszeit durch die Einbeziehung dieses Gebietes in die Weltwirtschaft und durch die zionistische Einwanderung insbesondere in der Küstenebene herausgebildet hatten, wurden infolge der Ereignisse von 1947 bis 1949 zerstört. Dieses Faktum sowie die Politik des jordanischen Regimes und die Unfähigkeit der eigenen Grundherren, ohne äußeren Zwang in die Modernisierung der Wirtschaft zu investieren, bedingten, daß man nach 1949 die Westbank betreffend nicht mehr von einem industriellen Sektor sprechen konnte. Es bestand ein handwerklich-manufakturer Sektor. Er setzte sich überwiegend aus kleinen und mittleren Betrieben zusammen, die in der Konsumgüterherstellung, der Bauwirtschaft und dem Tourismus tätig waren und ohne komplizierte Verfahrenstechniken, ohne modernes Know-how, zum Teil ohne Elektrizität und (da die sehr niedrigen Löhne arbeitsintensive Methoden begünstigten) auch mit geringen Investitionen pro Arbeitsplatz produzierten. Außerdem gab es fünf Fabriken mit mehr als 100 Beschäftigten. Dieser Sektor band nicht mehr als 15 bis 20% der Arbeitskräfte und erbrachte nur 6% des Nationaleinkommens.

Die soziopolitische Stratifikation

Die Grundherren

An der Spitze der gesellschaftlichen Hierarchie standen die Grundherren. Rund 90% des Bodens befanden sich in den Händen weniger Grundbesitzerfamilien (etwa 30 auf der Westbank), deren Anteil an der Gesamtbevölkerung weit unter einem

Prozent blieb. Der Großgrundbesitz auf der Westbank war überwiegend Familienbesitz. Die Großgrundbesitzerfamilien bildeten eine in sich abgeschlossene Schicht, zu der man durch Herkunft gehörte und in die beispielsweise durch Tüchtigkeit aufzusteigen nicht möglich war. Die Oberschicht rekrutierte sich aus sich selbst heraus. Die materiellen Privilegien wurden nicht erworben, sondern vererbt. Das bedingte, daß sie sich gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen als unbeweglich erwies. Als Quelle ihres Reichtums sah sie nach wie vor nicht die Anlage eines Teils ihres Kapitals in den Aufbau einer Industrie, sondern die Ausbeutung der Bauern an. Das durch sie angewandte System der Steuern und Abgaben bedingte nicht nur einen sehr niedrigen Lebensstandard der Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung, sondern auch die Konservierung archaischer Produktionsmethoden.

Diese Grundherren konzentrierten in ihren Händen eine große wirtschaftliche und politische Macht und dominierten das geistige Leben. Der Grundherr war Eigentümer der Produktionsmittel, Geldleiher (Wucherer) und Steuerpächter in einer Person. Aus dieser Schicht rekrutierten sich auch die Kaufleute und diejenigen, die sich zur Kompradorenbourgeoisie (Mittler zwischen Auslandskapital und Binnenmarkt) entwickelten, sowie die hohen und mittleren Beamten in Verwaltung und Justiz und die höhere Geistlichkeit.

Das Verhältnis dieser Grundherren zum Boden war das von Kapitalrentnern mit feudaler Lebenshaltung. Ihnen bedeutete der Boden nur eine Einkommensquelle und ein Spekulationsobjekt. Sie, zu einer Modernisierung der Wirtschaft ohne äußeren Antrieb nicht fähig, waren die Stützen eines jeden Regimes, das ihnen den Fortbestand ihrer Ausbeutungsform gewährleistete, so auch des jordanischen, das sie in seinen Machtapparat integriert hatte.

Die Landbevölkerung

Entsprechend den noch dominierenden vorkapitalistischen Verhältnissen war die Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung (66 bis über 70%) im Agrarsektor beschäftigt.

Die soziale Differenzierung der in der Landwirtschaft Tätigen stand erst am Anfang. Die die Lohnarbeit anwendende kapitalistische Schicht war noch verschwindend gering. Die Mehrheit bildeten Wirtschaften mit einer Fläche von einem halben bis einem Hektar (etwa 7%) und diejenigen mit einem Bodenbesitz bis zu einem halben Hektar (knapp 45%), deren Eigentümer zur Zupacht gezwungen waren.

Da das jordanische Regime das wucherische Pacht- und Steuersystem weitestgehend unangetastet ließ, war die übergroße Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung hoch verschuldet, verfügte über keine Mittel zur Modernisierung der Wirtschaft, konnte durch ungünstige Witterung, Pflanzenschädlinge oder Viehseuchen hervorgerufene Mißernten nicht ausgleichen und war zu einem sehr niedrigen Lebensniveau verurteilt.

Dessen ungeachtet hielten die palästinensischen Bauern an der Landwirtschaft fest, denn das Land war ihnen eine, wenn in der Regel auch nicht ausreichende, so doch sichere Einkommensquelle, und sie blieben, wenn sie den Boden infolge der Wucherpraktiken der Grundherren aufgeben mußten, eher als Tagelöhner (29,4%) oder als Anteilspächter auf dem Lande, als daß sie in die Stadt zogen.

Die Stadtbevölkerung

Von 538.000 einheimischen Palästinensern lebten 1949 157.000, das waren weniger als 30%, in der Stadt. Unter der jordanischen Herrschaft erhöhte sich ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung auf über 40%.

Die Städte auf der Westbank waren Sitz der Verwaltung, des Handels, des Handwerks und der im Ansatz sich entwickelnden Manufakturindustrie. Die Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land befand sich erst in den Anfängen. Dies prägte auch die Bevölkerungsstruktur. Die beherrschenden Positionen in der Verwaltung, der Wirtschaft und dem geistigen Leben nahmen Mitglieder der großen Grundbesitzerfamilien ein. Die Mehrheit der städtischen Bevölkerung war dem Kleinbürgertum zuzurechnen. Sie betätigte sich überwiegend im Handel, Handwerk, Bildungswesen, Gesundheitswesen, Tourismus und im Öffentlichen Dienst. Insbesondere letztere hatten unter der jordanischen Herrschaft eine starke Ausweitung erfahren. Das Grundschulsystem auf der Westbank war entwickelt, der Besuch des Gymnasiums war kostenlos und Bildung zahlte sich aus — ein Akademiker verdiente durchschnittlich das Zwölfwache eines Landarbeiters und das Drei- bis Vierfache eines Arbeiters im sich entwickelnden industriellen Sektor. Dadurch wurde die Entfaltung einer verhältnismäßig qualifizierten, in Verwaltungsdingen gebildeten, westlich orientierten Schicht gefördert.

Infolge der vorkapitalistischen Produktionsstruktur, die durch die eigenen Grundherren und die jordanische Politik konserviert wurde, war es auch unter der jordanischen Herrschaft noch nicht zur Herausbildung eines eigenständigen Bürgertums gekommen. Die Entwicklung einer Arbeiterschaft befand sich ebenfalls erst in den Anfängen. Noch waren die etwa 6.000 bis 7.000 Arbeiter mehr mit dem Dorf als mit der Stadt verbunden.

Die in den Lagern lebenden palästinensischen Flüchtlinge

Als Folge des israelisch-arabischen Krieges von 1948/49 waren rund 204.000 palästinensische Flüchtlinge auf der Westbank verblieben. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug ca. 30%. Ihnen, die vor ihrer Ankunft hauptsächlich als Bauern (rund 40%), Ungelernte (etwa 20%), Händler, Facharbeiter und Handwerker (ca. 30%) tätig waren, gelang es in unterschiedlichem Maße in der neuen Umgebung dauerhaft Fuß zu fassen. Insbesondere vielen ehemaligen Bauern und älteren Menschen blieb ein Neuanfang weitestgehend versagt. Der Hauptgrund lag vor allem in der vorkapitalistischen Struktur der Westbank. Der landwirtschaftlich nutzbare Boden war bereits aufgeteilt und konnte flächenmäßig nicht erweitert werden. Versuche, Agrarland zu pachten, scheiterten meist an den wucherischen Steuer- und Pachtforderungen. So bestand für die Mehrzahl dieser Flüchtlinge keine Möglichkeit, ihre bäuerliche Erwerbstätigkeit fortzusetzen. Einer beruflichen Umorientierung standen der geringe Bildungsgrad und die Mittellosigkeit entgegen. Diese Flüchtlinge waren somit auf Saison- und Gelegenheitsarbeiten angewiesen, durch die sie aber in der Regel das Existenzminimum der Familie nicht sichern konnten. Rund 40% von ihnen nahmen daher das Angebot der 1950 von den Vereinten Nationen geschaffe-

nen UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East) an, in die von ihr eingerichteten und unterhaltenen Lager (auf der Westbank waren es 19) zu ziehen.

In den Lagern, die von der UNRWA gemeinsam mit dem arabischen Gastland verwaltet wurden, sicherte die UNRWA durch tägliche Lebensmittelrationen das Existenzminimum und gewährleistete Unterkunft, medizinische Betreuung und in einem beachtlichen Maße auch Schul- und Berufsausbildung.

Sehr bald machten die Lagerbewohner von den gebotenen Bildungsmöglichkeiten Gebrauch. Ziel einer jeden Familie war es, möglichst viele ihrer zahlreichen Kinder ausbilden zu lassen, um ihnen damit die notwendige Grundlage für eine gute Position im Berufsleben zu vermitteln. Zusätzliche Mittel, die entweder durch eine Beschäftigung im Lager oder außerhalb dessen oder durch die Tätigkeit von Familienmitgliedern im Ausland erworben wurden, wurden in der Regel in erster Linie für die Ausbildung verwendet und erst in zweiter für die Konsumtion oder für eine Existenzgründung außerhalb des Lagers.

Die Lager entwickelten sich zu einer geographischen und sozialen Einheit. Die Entwurzelung bedingte hier eine Festigung des Zusammenhalts der Großfamilie, ihr Fortbestehen als eine soziale Institution und das Festhalten an tradierten Normen des Zusammenlebens sowie eine nicht abnehmende Sehnsucht nach dem eigenen heimatlichen Boden, die zur hauptsächlichen Grundlage eines starken Nationalgefühls wurde.

Auf diese mehr von der Statik als von der Entwicklung geprägten Verhältnisse traf 1967 die israelische Besatzung.

Die israelische Besatzungspolitik

Im Verlaufe des Krieges im Juni 1967 (5. Juni bis 10. Juni) zwischen Israel einerseits und Ägypten, Syrien und Jordanien andererseits, besetzte Israel außer den syrischen Golanhöhen und der ägyptischen Halbinsel Sinai auch das restliche Territorium Palästinas: die Westbank und den Gazastreifen. Dadurch kam zusätzlich eine Mio. Palästinenser unter israelische Herrschaft.

Die israelische Besatzungspolitik war von zwei Hauptzielen bestimmt: erstens von der „Befriedung“ der Bevölkerung und zweitens von der Integration dieser Gebiete in die israelische Wirtschaft und, soweit es die Westbank anbelangte, von ihrer gleichzeitigen Ausnutzung als Verbindungsglied zu Jordanien.

Die israelische Besatzung veränderte jäh das Leben der Palästinenser. Die unverzüglich etablierte Militärverwaltung hatte in kurzer Zeit mehr als 2.000 Verordnungen erlassen, die in alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens eingriffen. Aber noch weitaus gravierender auf die Veränderung der Lebensweise der Palästinenser wirkte sich die Eingliederung der palästinensischen Gebiete in die weiter entwickelte israelische Wirtschaft aus, die sich rasch vollzog. (Die besetzten palästinensischen Gebiete rangierten in der israelischen Exportstatistik sehr bald unmittelbar hinter den USA an zweiter Stelle.)

Die vollständige Einbeziehung der Westbank und Gazas bewirkte auch eine Veränderung in der Erwerbstätigkeit. Es entwickelte sich u.a. eine Arbeitsmigration aus den besetzten Gebieten nach Israel.

2.

Die Arbeitsmigration

Kontra und pro Arbeitsmigration der Palästinenser in Israel

Die Verwendung palästinensischer Arbeitskräfte in der israelischen Wirtschaft war nicht unumstritten. Die Gegner sahen darin die Aufgabe zionistischer Grundprinzipien und befürchteten den Verlust der jüdischen Identität des israelischen Staates. Am prägnantesten brachte ihre Position die ehemalige Ministerpräsidentin Golda Me'ir zum Ausdruck, als sie ausführte: „Die arabische Arbeit ist die größte Gefahr, die uns begegnet ... Ich will nicht, daß der jüdische Charakter des Staates verschwindet. Falls dies geschieht, dann gäbe es nichts mehr, was die Juden zu einer Immigration in diesen Staat motivieren würde.“¹

Die andere Richtung, die für die Beschäftigung von billigen arabischen Arbeitskräften eintrat, wurde weitgehend durch das private israelische Kapital vertreten. Sie fand im damaligen Verteidigungsminister Moshe Dayan einen ihrer prominentesten Wortführer. Diese Richtung setzte sich durch. Ende 1968 wurde den Bewohnern der besetzten Gebiete offiziell gestattet, in Israel zu arbeiten.

Die Ursachen der Arbeitsmigration

Die Arbeitsmigration entwickelte sich zunächst sporadisch. Anfangs veranlaßten insbesondere die Anreize, die die israelische Industriegesellschaft gegenüber der palästinensischen Subsistenzwirtschaft für den Konsum bot, einen Teil der arbeitsfähigen Palästinenser in Israel eine Arbeit zu suchen, um den Lebensstandard ihrer Familie zu erhöhen (Erwerb langlebiger Konsumgüter, Bau eines Hauses etc.). Dies wurde noch dadurch gefördert, daß, obzwar die Palästinenser für die gleiche Arbeit in Israel in der Regel einen um ein Drittel niedrigeren Lohn erhielten als die Israelis, dieser aber dennoch beachtlich höher lag als jener, der für die gleiche Tätigkeit auf der Westbank gezahlt wurde. (Der durchschnittliche Tagesverdienst eines palästinensischen Arbeiters in Israel übersteigt den in den okkupierten Gebieten um 20 — 70%.)

Aber schon bald begannen auch echte ökonomische Zwänge zu wirken. Die Einbeziehung der Westbank in die israelische Wirtschaft führte auch zu ständig steigenden Lebenshaltungskosten, die viele durch den traditionellen Broterwerb in der Landwirtschaft nicht mehr decken konnten und daher zur Aufnahme einer anderen Arbeit gezwungen waren. Hinzu kam, daß durch die umfangreichen Enteignungen palästinensischen Bodens für jüdische Siedlungszwecke viele Palästinenser ihre Existenzgrundlage verloren und sich beruflich umorientieren mußten. Da der Arbeitsmarkt auf der Westbank im ersten Jahrzehnt der israelischen Besatzung dazu keine Möglichkeit bot, waren deren Einwohner größtenteils genötigt, entweder auszuwandern oder eine Beschäftigung in Israel zu suchen.

1 Ha'aretz, 14. 3. 1969 zitiert bei Sharaf, Sh., Die Palästinenser, Wien 1983, S. 112.

Die Organisation der Arbeitsmigration

Schon 1968 wurden von den israelischen Besatzungsbehörden auf der Westbank und im Gazastreifen Arbeitsvermittlungsstellen eingerichtet, um den Strom der palästinensischen Arbeitskräfte, der spontan begonnen hatte, zu registrieren und ihre Zahl, Bewegung, Besteuerung und Löhne zu kontrollieren.

Die Vermittlung kommt zustande, indem israelische Firmen ihren Bedarf an Arbeitskräften aus den besetzten Gebieten ihren örtlichen Arbeitsämtern melden. Diese wenden sich an die Arbeitsvermittlungsstellen der Westbank und des Gazastreifens, wo die Bewerber registriert sind. Die Arbeitsvermittlungsstellen erteilen, nachdem die betroffene Person vom Sicherheitsdienst überprüft wurde, eine Arbeitserlaubnis, die als Marke in den Personalausweis eingeklebt wird. Die Arbeitserlaubnis muß spätestens alle vier Monate erneuert werden.

Theoretisch sollen sich alle, die Arbeit in Israel suchen, von einer israelischen Arbeitsvermittlungsstelle in den besetzten Gebieten registrieren lassen und auch von dieser einen Arbeitsplatz zugewiesen bekommen. In Wirklichkeit besteht aber neben der geregelten Vermittlung noch der „freie Markt“, das heißt, die *illegale* Arbeitsmigration. Nach Schätzungen der Gewerkschaften sind ein Drittel der Arbeitsmigranten unregistriert.

Das hat verschiedene Gründe. Nicht jeder, der um eine Arbeitserlaubnis in Israel nachsucht, bekommt eine Genehmigung. Viele werden aus „Sicherheitsgründen“ abgewiesen. Auch dürfen Jugendliche unter 17 Jahren offiziell nicht vermittelt werden. Zudem lehnen es viele Unternehmer ab, registrierte Arbeiter zu beschäftigen. Sie greifen auf illegale Arbeitsmigranten zurück, da sie bei diesen den Lohn selbst festsetzen und die Abgaben für die sozialen Dienste sparen können.

Der illegale Handel mit der palästinensischen Arbeitskraft findet jeden Tag statt. Jeden Morgen sind die großen Kreuzungen an der Grenze zwischen Israel und den besetzten Gebieten Umschlagplätze für illegale Arbeiter. Sie suchen entweder auf eigene Faust von Tag zu Tag Arbeit oder unterstehen einem arabischen Arbeitsvermittler, der davon lebt, täglich ganze Kolonnen nach Israel zu vermitteln. Einen bemerkenswerten Anteil an den illegalen Arbeitsmigranten stellen Jugendliche unter 17 Jahren. Bei Kontrollen der israelischen Behörden waren 20% der „Illegalen“, die in Israel aufgegriffen wurden, Kinder.

Die illegalen Arbeitsmigranten sind dem Lohndiktat der Arbeitsvermittler und Unternehmer schutzlos ausgeliefert. Nimmt der illegal Arbeitssuchende das Lohnangebot nicht an, so findet sich ein anderer, der längere Zeit arbeitslos war. Hinzu kommt, daß die Mehrheit der Jobs, die auf dem illegalen Arbeitsmarkt angeboten werden, meist Kurzzeitsjobs sind, so daß der Arbeiter häufig zu dem Markt zurückkehren muß. Von den unregistrierten Arbeitern finden die wenigsten täglich eine Beschäftigung. Drei Tage in der Woche Arbeit zu haben, wird bereits als Glück betrachtet. Laut entsprechenden Schätzungen finden nur 20 von 150 illegalen Arbeitern pro Tag Arbeit.

Die Zahl der Arbeitsmigranten

Die Anzahl der Arbeitsmigranten ist, da die Zahl der illegalen nur geschätzt werden kann, nicht exakt festzustellen. Schätzungen schwanken zwischen 130.000 bis über 250.000 in Erntezeiten. Aber auch diese Zahlen schließen nichtvolljährige Arbeitskräfte, viele Frauen und Studenten, die in ihrer freien Zeit in Israel jobben, nicht ein. Die Tendenz der Arbeitsmigration ist steigend. Heute arbeitet bereits etwas mehr als die Hälfte der einheimischen Arbeitskräfte nicht in den besetzten Gebieten selbst, sondern in Israel.

Die Herkunft der Arbeitsmigranten

Kamen anfangs 70% der Arbeitsmigranten aus ländlichen Gebieten, so hat sich ihr Anteil seit Beginn der 80er Jahre im Zusammenhang mit der Umgestaltung auf dem Lande erheblich verringert. Angaben aus dem Jahre 1984 zufolge kamen nur noch 46,2% der Arbeitsmigranten aus ländlichen Gebieten, 29% aus den Flüchtlingslagern und 24% aus den Städten.²

Der Qualifikationsgrad der Arbeitsmigranten

Der Qualifikationsgrad der Mehrheit der Arbeitsmigranten ist gering. Er liegt weit unter dem Niveau der Israelis. 1982 verfügten nur 23,1%, also knapp ein Viertel, über einen Berufsabschluß, 37% waren ungelernte und 38% angelehrte Kräfte. 17% hatten neun oder mehr Jahre eine Bildungseinrichtung besucht, 50% waren nur sechs Jahre oder weniger zur Schule gegangen.³ Entsprechend dem Bedarf der israelischen Wirtschaft und der eigenen Qualifikation konzentrieren sich die palästinensischen Arbeitsmigranten als Hilfsarbeiter in dem am schlechtesten bezahlten Teil des israelischen Arbeitsmarktes.

Die Verteilung der Arbeitsmigranten auf einzelne Wirtschaftszweige

Die palästinensischen Arbeitsmigranten sind vor allem in der Landwirtschaft, im Baugewerbe, in der Industrie, im Hotelgewerbe, in der Lebensmittelbranche und im Handel beschäftigt. Ihr Anteil an Berufen mit körperlich anstrengender oder gesundheitsgefährdender Tätigkeit ist doppelt so hoch (12%) wie ihr Prozentsatz an der Gesamtbeschäftigtenzahl in Israel (6%).⁴

Zu ihren Arbeitgebern zählen Einmann-Unternehmen ebenso wie große Kibbuzim und Moschavim, andere landwirtschaftliche Genossenschaften, der israelischen Gewerkschaft Histadrut gehörende Betriebe und Stadtverwaltungen.

2 Shelley, T., *Palestinian Migrant Workers in Israel from Repression to Rebellion*, in: *Palestine: Profile of an Occupation*, London-New Jersey 1989, S. 34.

3 Ebenda, S. 34 und 40.

4 6 und 12% in Bunzl, J., *Israel und die Palästinenser*, S. 119.

Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitsmigranten

Unterkunft

Nur rund 20% der registrierten Arbeitsmigranten erhalten die Erlaubnis, in Israel zu übernachten. Laut gesetzlichen Bestimmungen müssen sie ab Mitternacht in ihren Unterkünften sein. Wer danach noch außerhalb angetroffen wird, kann verhaftet werden.

Die Unterkünfte sind meist nur Schlafstätten, kaum mit den nötigsten sanitären Einrichtungen ausgestattet. Nicht selten ist nicht einmal ausreichend Wasser für die Körperpflege vorhanden. Auch aus Kostengründen übernachten möglichst viele auf kleinstem Raum (im Durchschnitt sechs Arbeiter auf 4 m²) oder in Ställen.

80% der registrierten Arbeitsmigranten ist selbst diese Möglichkeit verwehrt. Da sie mit der Arbeitserlaubnis keine Aufenthaltsgenehmigung erhalten, sind sie genötigt, täglich zwischen ihren Wohn- und Arbeitsorten zu pendeln. Für die Mehrheit ist dies jedoch nicht möglich. Um pünktlich am Arbeitsplatz zu sein, sind sie gezwungen, entweder zur Miete oder in Moscheen im Grenzgebiet auf der Westbank zu übernachten oder die israelischen Bestimmungen zu verletzen und in ständiger Sorge davor, bei Razzien von der Polizei aufgegriffen, verhaftet, verhört und abgeschoben zu werden, illegal in Israel zu verbleiben.

Arbeitslohn und Sozialleistungen

Die palästinensischen Arbeitsmigranten in Israel befinden sich am unteren Ende der israelischen Lohnskala. Die registrierten Arbeitsmigranten erhalten im Durchschnitt 30% weniger Lohn als ein Israeli für die gleiche Tätigkeit. Auch müssen sie nicht selten länger arbeiten als ihre jüdischen Arbeitskollegen.

Eine besonders infame Regelung besteht zudem noch darin, daß dem registrierten palästinensischen Arbeitsmigranten von seinem niedrigen Lohn noch weitere 30 bis 40% für soziale Dienste (Pension, Invalidenrente, Krankengeld, Kindergeld, Urlaubsgeld) abgezogen werden, in deren Genuß er aber im Bedarfsfalle gar nicht kommt, da er nur als Tagelöhner beschäftigt wird und auch nicht in Israel wohnt. Durch seine Arbeit erwirtschaftet er also auch Mittel, die es ermöglichen, den hohen Stand der Sozialleistungen für den israelischen Arbeiter zu erhalten.

Dem Arbeitsmigranten werden nicht nur solche Sozialleistungen wie Urlaubsgeld, Rente, Krankengeld u.ä. vorenthalten. Es ist auch üblich, daß der Unternehmer bei Arbeitsunfällen eine offizielle Registrierung beim Arbeitsamt zu umgehen versucht, um Kosten zu sparen. Derlei Unfälle sind die Folge der von den Arbeitsmigranten auszuführenden Art der Arbeit, fehlender Pausen, fehlender Arbeitsschutzbekleidung, aber auch von Überfällen jüdischer Arbeiter und Attacken von Angehörigen der israelischen Sicherheitskräfte, die nicht selten sind. Es ist durchaus gängige Praxis, daß der Betroffene, unabhängig von der Schwere der Verletzung, durch die Erste Hilfe versorgt wird, die Hälfte des vereinbarten Lohnes erhält und auf die Westbank abgeschoben wird.

Die gewerkschaftliche Interessenvertretung

Die palästinensischen Arbeitsmigranten verfügen über keine anerkannte eigene Interessenvertretung. Mit der Wahrnehmung ihrer Belange ist die israelische Gewerkschaft Histadrut beauftragt. Zur Finanzierung dieser Unterstützung wird von jedem registrierten Arbeitsmigranten automatisch ein Prozent seines Bruttolohnes einbehalten und an die Histadrut abgeführt, was ihr eine jährliche Einnahme in Millionenhöhe sichert. Die Histadrut freilich ist selbst Großunternehmer und eine zuverlässige zionistische Stütze des israelischen Staates. Daher setzt sie ihren proklamierten Grundsatz, alle Arbeitnehmer gleichberechtigt zu vertreten, bezüglich der Arbeitsmigranten nur halbherzig in die Praxis um. Besonders in Krisenzeiten, in denen die Arbeitsmigranten im allgemeinen als erste entlassen werden, und auch in lokalen Auseinandersetzungen mit Unternehmern vermissen sie die engagierte Unterstützung der israelischen Gewerkschaft.

Diese Erfahrungen bewegen Arbeitsmigranten immer wieder, eigene Interessenvertretungen ins Leben zu rufen. Doch dies scheitert zumeist sowohl an der Histadrut und den israelischen Behörden als auch an den Unternehmern. Während die beiden ersteren in ihnen „eine Basis für feindliche terroristische Aktionen“ (ebenda, S. 49) sehen und die palästinensischen Interessenvertretungen daher in der Regel nicht legalisieren, ahnden die Unternehmer die Mitgliedschaft mit Kündigung.

Die Auswirkungen der Arbeitsmigration

Die Arbeitsmigration erwies sich für den israelischen Staat in mehrfacher Hinsicht als vorteilhaft:

1. Es waren allzeit genügend Arbeitskräfte vorhanden, die die für die Wirtschaft notwendige, aber von vielen jüdischen Bürgern schon als nicht mehr zumutbar empfundene Arbeit verrichteten.
2. Die massenhafte Verwendung der billigen palästinensischen Arbeitskraft verbesserte die Wettbewerbsfähigkeit der israelischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt.
3. Der israelische Staat sparte durch die Absorption eines großen Teils der sonst arbeitslosen palästinensischen Erwerbsfähigen durch die israelische Wirtschaft enorme Mittel, die er andernfalls für die Schaffung von Arbeitsplätzen in den okkupierten Gebieten, zur Reduzierung des aus der Massenarbeitslosigkeit erwachsenden sozialen Zündstoffs, hätte ausgeben müssen.
4. Schließlich erleichterte der ständig mögliche Abfluß von Arbeitskräften der israelischen Regierung ihre Politik, die wirtschaftliche Integration der okkupierten Gebiete allein unter dem Gesichtspunkt der ökonomischen Bedürfnisse und politischen Interessen des jüdischen Staates zu betreiben.

Die Arbeitsmigration ist somit ein Teil des sich im Rahmen der israelischen Besatzung vollziehenden wirtschaftlichen und sozialstrukturellen Umbruchs der palästinensischen Gesellschaft. Subjektiv für manchen eine lohnende und für viele eine lebenswichtige Einkommensquelle, wirkt sie objektiv als Katalysator der Zersetzung vorkapitalistischer Verhältnisse. Drei Beispiele sollen dies verdeutlichen:

1. Aus Bauern, die durch die Modernisierung der Landwirtschaft oder durch die Enteignung palästinensischen Bodens für israelische Siedlungszwecke freige-

setzt wurden, und die in der einheimischen Industrie, da diese sich v.a. infolge der leistungsfähigen israelischen Konkurrenz, nicht entwickeln kann, keine Arbeit finden, wurden lohnabhängige Arbeitnehmer.

2. Die soziale Mobilität (rund 70% der Dorfbewohner sind heute außerhalb ihrer Dörfer und in Israel tätig) vermindert den Einfluß der traditionsgeleiteten Lebensführung und untergräbt die auf vorkapitalistischer Wirtschaftsweise beruhende Autorität der noch unter jordanischer Herrschaft Mächtigen.
3. Durch die Arbeitsmigration entsteht mit den Arbeitsvermittlern eine Schicht einheimischer Unternehmer, die sich erstmalig nicht aus der traditionellen Oberschicht rekrutiert.

Diese und eine Vielzahl anderer bereits sichtbarer Wirkungen in allen Sphären der palästinensischen Gesellschaft auf der Westbank erlauben den Schluß, daß die Arbeitsmigration zur Zerstörung der eingangs skizzierten vorkapitalistischen Verhältnisse beiträgt und ein wichtiger Faktor ist für den Übergang zu einer modernen Gesellschaft, eine notwendige Entwicklung, die sich aber wiederum fremdbestimmt vollzieht.

LITERATUR

- Bunzl, John, Israel und die Palästinenser, Die Entwicklung eines Gegensatzes, Wien 1982.
- Flapan, Simha, Zionism and the Palestinians, London — New York 1979.
- Heğazi, Awad, Zionismus und palästinensische Araber, Bremen 1983.
- Irbid, Abdulkader, „Soziale Klassen und Schichten in Palästina. Zur sozialstrukturellen, sozial-ökonomischen und kulturellen Entwicklung der arabischen Bevölkerung vor und nach der Vertreibung“, Frankfurt am Main 1976.
- Israel und die besetzten Gebiete. Dokumente, Berichte und Kommentare 1967 — 1983, Berlin 1983.
- Metzger, Jan/Orth, Martin/Sterzing, Christian, Das ist unser Land. Westbank und Gaza-Streifen unter israelischer Besatzung, Bornheim — Merten 1980.
- Palestine: Profile of an Occupation, London — New Jersey 1989.
- Palästinenser in Israel, Hg. Alexander Flores und Alexander Schölch Frankfurt am Main — New York 1983.
- Al-Sadi, Ahmad, Leben im Lager. Eine sozio-ökonomische Fallstudie des palästinensischen Flüchtlingslagers von Irbid/Jordanien, Berlin 1985.
- Sandler, Schmue/Frisch, Hillel, Israel, the Palestinians, and the West Bank. A Study in Intercommunal Conflict, Lexington, Mass. 1984.
- Sharaf, Shamil, Die Palästinenser. Geschichte der Entstehung eines nationalen Bewußtseins, Wien 1983.

Dr. Ingrid Mährdel, Märkische Allee 298, D-12687 Berlin